Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 6.00 Mark, vierteljährlich 18.00 Mk., durch die Post 18.00 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1418 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 50 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.00 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 51 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4694.

Nr. 154. Halle, Mittwoch, den 31. März 1920. **Einzelpreis 20 Pfg.**

Der Gewerkschaftsbund gegen einen neuen Streik.

Berlin, 31. März. (Eigene Drahtnachricht.) Der Deutsche Gewerkschaftsbund, die Gesamtverbände der christlichen Gewerkschaften, die deutschen Angestelltengewerkschaften und die Beamten- und Staatsangestelltengewerkschaften befaßten sich in der gestrigen Sitzung mit den neuerdings aufgetauchten Absichten, einen Generalstreik zu entfachen. Die Leitung des Deutschen Gewerkschaftsbundes vermochte es nicht anzuerkennen, daß gegenwärtig ein neuer Generalstreik mit seinen für das Volk und Wirtschaftsleben verwerflichen Folgen zu rechtfertigen wäre. Nicht Gewerkschaftsinteressen, sondern Macht- und Diktaturgelüste sind es, denen die neuerliche Generalstreiksbewegung dienstbar gemacht werden soll. Für die Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbundes lautet deshalb die Parole: Gegen den Generalstreik.

Zugespitzte Lage in Duisburg.

Berlin, 31. März. (Eigene Drahtnachricht.) Die Reichsregierung hat aus Duisburg das nachstehende Telegramm erhalten: Die Lage in Duisburg hat sich so zugespitzt, daß die Ordnung nur durch unverzügliches Eingreifen der Reichswehr wieder hergestellt werden kann. Bewaffnete Massen haben die Ausgänge der Stadt besetzt und drohen mit Gewalt die Betriebe stillzulegen. In der Stadt herrscht nach wie vor die Willkür einiger linksgerichteter Elemente. Die Hoffnung in der Stadt, beim Zusammenbruch der roten Front mit Polizei und Ortswehr wieder Ordnung herzustellen, muß aufgegeben werden.

Oberbürgermeister, Zentrumspartei, Sozialdemokratische Partei, Deutschdemokratische Partei.

Abzug der roten Truppen aus Düsseldorf.

WTB. Düsseldorf, 30. März. Der Düsseldorfer Vollzugsrat, der in der vergangenen Nacht vertrieben worden war, ist wieder eingesetzt worden. Die Sicherheitswehr hat heute wieder das Rathaus, das Ständehaus und alle öffentlichen Gebäude besetzt. Die roten Truppen sind abgezogen.

Heute Generalstreiks-Abstimmungen in Berlin.

WTB. Berlin, 30. März. In der Generalversammlung der revolutionären Betriebsräte am Dienstag abend wurde nach der Mitteilung der Regierung, wonach dem General Watter ein Zivilkommissar beigegeben und den bewaffneten Arbeitern im Ruhrrevier ein neues Ultimatum gestellt worden sei, beschlossen, am Mittwoch vormittag in den einzelnen Betrieben darüber abzustimmen, ob gestreikt werden soll oder nicht.

Das Bielefelder Abkommen.

Noch kein Einmarsch ins Ruhrrevier.

Berlin, 31. März. Nach einer Erklärung steht die Reichsregierung nach wie vor in dem Bielefelder Abkommen eine geeignete Grundlage für die Regelung der Verhältnisse im Ruhrrevier. Sie hat auch ihrerseits sich an das Bielefelder Abkommen gebunden und die Truppen bisher nicht in das Industriegebiet einmarschieren lassen. Dagegen sei von der anderen Seite nicht das geringste geschehen, um die aus dem Bielefelder Abkommen sich ergebenden Verpflichtungen zu erfüllen. Pflicht der Regierung sei, wieder geordnete Zustände herzustellen. Dies soll auf der Grundlage des Bielefelder Abkommens geschehen. Im übrigen werde die Durchführung der notwendigen Maßnahmen unter Beteiligung von zivilen Vertrauensmännern und in der Form erfolgen, daß die Bevölkerung mehr als 48 Stunden Zeit haben wird, von sich aus geordnete Zustände herzustellen.

Marschiert General Watter oder nicht?

Berlin, 31. März. (Eigene Drahtnachricht.) Die Meldung der „P. P. N." aus Dortmund, General Watter habe den Befehl erhalten, den Vormarsch einzustellen, trifft, wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, nicht zu.

Weitere 48stündige Bedenkzeit für die rote Armee?

Berlin, 31. März. (Eigene Drahtnachricht.) Hier traten gestern abend die revolutionären Betriebsräte zu einer Generalversammlung zusammen, um im Anschluß an die Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und dem Reichskanzler Stellung zur gegenwärtigen Lage zu nehmen. In der Versammlung kam der Wille, den Generalstreik wieder anzunehmen, deutlich zum Ausdruck. Es wurde eine Entschließung der Funktionäre der Holzindustrie verlesen, in welcher sie erklären, daß sie bereit sind, in den Generalstreik zu treten. Auch die Verkehrsangestellten gaben die Erklärung ab, wenn nötig sofort in den Generalstreik einzutreten. Auch ein Vertreter des Anhalter Bahnhofes erklärte, daß die Eisenbahnarbeiter dem Generalstreik unbedingt folgen würden. Der Streik müsse eventuell bis zur Sabotage durchgeführt werden. Weitere Generalstreikserklärungen gaben Vertreter der Elektroindustrie sowie der Metallindustrie ab. Nach 11 Uhr abends traf aus dem Reichstag die Mitteilung ein, daß ein Uebereinkommen zwischen der Regierung und den Gewerkschaften dahingehend erzielt worden sei, daß dem General Watter ein Zivilkommissar beigestellt wird und daß den Arbeitern eine weitere 48stündige Bedenkzeit gewährt wird. Unter starkem Widerspruch der Versammlung wurde schließlich erklärt, am heutigen Mittwoch in den Betrieben über den Generalstreik abzustimmen. Weiter werden heute mittag die revolutionären Betriebsräte zu einer Versammlung zusammentreten.

Nur teilweiser Generalstreik in Westen.

Berlin, 31. März. Nach der „Voss. Ztg." ist im Ruhrgebiet der Generalstreik nur in einzelnen Orten ausgebrochen, so in Bochum und Elberfeld. Die zahlreichen durch Elberfeld ziehenden Trupps der Roten Armee bringen eine besondere Note in das Verkehrsbild. In Hagen ist der bereits proklamierte Generalstreik wieder abgebrochen worden. Auch in Düsseldorf ist der Generalstreik nicht erklärt worden.

Generalstreik gegen spartakistischen Terror.

Die Eisenbahnbeamten und christlich-organisierten Arbeiter im Aufstandsgebiet sind gegen den spartakistischen Terror in einen Gegenstreik eingetreten.

Oberst Bauer will eine Broschüre schreiben!

Berlin, 31. März. (Eigene Drahtnachricht.) Wie die „Deutsche Zeitung" erfährt, wird Oberst Bauer in den nächsten Tagen eine Broschüre veröffentlichen, in welcher er die Vorbereitungen zum Putsch genau darlegen und seine Rolle rechtfertigen will. (Bauer, der Liebling der hallischen Deutschnationalen, hat hochverräterische Handlungen begangen. Warum sitzt er noch nicht in Untersuchungshaft? Die Red.)

Gerüchte über eine stille Teilmobilisation in Frankreich.

Zürich, 31. März. (Eigene Drahtnachricht.) Die Züricher „Post" meldet aus Paris, das französische Kriegsministerium habe in den letzten Tagen durch Geheimbefehle Reserveoffiziere wieder zu ihren Regimentern einberufen. Es handle sich um eine stille Teilmobilisation, die mit den Zuständen in Deutschland zusammenhänge.

K. P. D. gegen U. S. P. D.

Berlin, 31. März. (Eigene Drahtnachricht.) Die Kommunisten hielten gestern abend eine Versammlung ab, in der dem Proletariat empfohlen wurde, sich für den Generalstreik bereitzuhalten. In der anschließenden Diskussion kam allgemeiner Unwille mit der Führerschaft sämtlicher sozialdemokratischer Parteien zum Ausdruck, in der besonders scharf das Verhalten der U. S. P. D. kritisiert wurde, der man vorwarf, Verrat am Proletariat geübt zu haben.

Falkensteiner Drohungen.

Soldaten in Gera und Altenburg eingeschlossen?

Dresden, 31. März. (Eigene Drahtnachricht.) In Leipzig wurde der Ausnahmezustand aufgehoben. In Falkenstein im Vogtlande erließ der rote Vollzugsrat eine Bekanntmachung, daß bei etwaigem Einrücken von Reichswehr alle öffentlichen Gebäude in Brand gesteckt und unter den Bürgern ein Blutbad angerichtet würde. Die Verhandlungen in Altenburg und Gera um Freilassung der dort eingeschlossenen Reichswehrabteilungen verliefen ergebnislos.

Die technische Nothilfe im Kraftwerk Zschornewitz.

WTB. Berlin, 30. März. In einem Teile der Presse sind über angeblich von der Technischen Nothilfe im Kraftwerk Zschornewitz verursachte Beschädigungen Gerüchte verbreitet worden, die den Tatsachen nicht entsprechen. Zunächst muß festgestellt werden, daß das Kraftwerk Zschornewitz nicht von der Technischen Nothilfe beim Reichsministerium des Innern in Betrieb genommen wurde, sondern von der technischen Abteilung des Reichswehrgruppenkommando I, Berlin. Aber auch die Gerüchte über eine Beschädigung durch diese Abteilung sind stark übertrieben. Als die technische Abteilung den Betrieb aufnahm, waren von den 64 Kesseln der Anlage nur vier in Betrieb, die auch weiter unter Feuer gehalten wurden. Bei diesen vier Kesseln zeigte sich bei Weiterführung des Betriebes Wassermangel. Die Kessel wurden entleert und besichtigt. Die Besichtigung ergab, daß die Kessel mit Ausnahme eines größeren Schaden nicht gelitten hatten. Gleichzeitig wurde festgestellt, daß die Entwässerung der Dampfrohrleitung nicht in Ordnung gewesen sei. Durch Versagen ist infolge Wasserschlags eine Dampfrohrleitung gerissen.

In kritischen Tagen.

Von E. Delius, Halle a. S., Mitglied der Nationalversammlung.

Als ich am Freitag, den 12. März, den Reichstag verließ, ahnte kein Mensch, daß am nächsten Tage in Berlin die Reaktion, wenn auch nur für kurze Zeit, siegen würde. Am gleichen Abend konnte ich in einer stark besuchten Versammlung in Weißenfels noch von dem Wiedererstarken des Wirtschaftslebens sprechen, von der Zunahme des Verantwortlichkeitsgefühls der Bevölkerung und dem nach und nach wachsenden Vertrauen des Auslands. Sonnabendvormittag, bei meinem Eintreffen in Halle, wurde mir die unglaubliche Nachricht des Militärputsches übermittelt. Was zu geschehen hatte, war mir keinen Augenblick zweifelhaft. Von Berlin abgeschnitten, mußte gehandelt werden. Sofort trat ich in Verbindung mit den andern verfassungstreuen Parteien. In einer Unterredung mit dem Militärbefehlshaber, dessen Haltung höchst zweifelhaft war, wie sich nachher immer mehr bestätigte, wurde über die Sicherheit der Stadt und ihrer Bewohner beraten. In einer sofort zusammenberufenen Sitzung des demokratischen Vereinsvorstandes wurde die Anschlagung eines Aufrufes beschlossen. Der Bürgerausschuß nahm zur Lage Stellung. Der Beamtenausschuß, beschloß unter meinem Vorsitz, von dem allgemeinen Beamtenstreik vorläufig abzusehen, sich fest hinter die verfassungsmäßige Regierung zu stellen, alle Kundgebungen der Kapp-Regierung, Telegramme und Gespräche von ihr aufzuhalten und keinerlei Truppentransporte usw. für die Rebellen zuzulassen. Ganz leicht ist dies den Beamten nicht gemacht worden, da verschiedene höhere Beamte und auch einige mittlere Beamte Morgenluft witterten und den verfassungstreuen Beamten entgegenarbeiteten. Für die weitere Arbeit des Beamtenausschusses wurden eingehende Vorbereitungen getroffen, so daß die Organisationen immer schlagfertig blieben. Abgesehen von einer verhältnismäßig kleinen Zahl deutschnationaler Beamten, die ihrer Verantwortung nicht entgehen sollen, standen die Beamten geschlossen hinter der Regierung. Das ist ein Ruhmesblatt für die gesamte Beamtenschaft. Das Reich wird es ihnen nicht vergessen. Daß reaktionäre höhere Beamte und das Truppenkommando in Halle die Tätigkeit der Beamtenschaft zu unterbinden versuchten und vor allerhand Gewaltmaßregeln nicht zurückschreckten, wird noch an anderer Stelle zu behandeln sein.

In der frühen Morgenstunde des Sonntags lief ein Eilbrief ein, der mich aufforderte, mich für die sofortige Abreise nach dem neuen Sitz der Regierung bereitzuhalten. Wenige Minuten später erhielt ich ein Telegramm aus Berlin, in welchem das Büro des Reichstages sofortige Rückkehr nach Berlin verlangte. Auf den ersten Blick war mir klar, daß es sich hier um eine von der Kapp-Regierung gestellte Falle handelte. Es mußte ja diesen Strauchrittern daran liegen, die Mitglieder der Nationalversammlung in die Hände zu bekommen und so ihre Tätigkeit auszuschalten. Ich glaube kaum, daß auf diesen plumpen Schwindel jemand hereingefallen ist. Wie war aus Halle wegzukommen, nachdem der Zugverkehr eingestellt war? Am Montagnachmittag sollte, so wurde mir vom Oberpräsidenten in Magdeburg mitgeteilt, ein Sonderzug von Berlin über Halberstadt nach Stuttgart abgehen. Ein Auto wurde mir von einem hilfsbereiten Parteifreunde in liebenswürdiger Weise zur Verfügung gestellt. Ihm und den Freunden, die mir dabei behilflich waren, sei herzlichst gedankt. In schneller Fahrt ging es bei herrlichem Wetter über Könnern und Bernburg nach Aschersleben zu. Bereits in Güsten und Ilberstedt wurden wir von bewaffneten Leuten angehalten. Eine sehr strenge Kontrolle übte man in Aschersleben aus. In schußbereiter Stellung empfing man uns am Eingang und Ausgang der Stadt. Gründlich sahen die schwer bewaffneten Leute die Ausweise nach. Zwischen Aschersleben und Halberstadt hörten die Belästigungen auf. Kurz vor Quedlinburg erlitten wir die unvermeidliche Panne. Als das Auto gegen 6.30 Uhr in Halberstadt vor dem Bahnhofe hielt, war leider der Sonderzug weg. Erkundigungen bei den Eisenbahnbeamten ließen keinen Zweifel, daß ein Weiterkommen ausgeschlossen sei. Da war es schon das Beste, wieder nach Halle zurückzukehren und dort von neuem das Heil zu versuchen. Also zurück im Auto denselben Weg wie vorher. Diesmal war die Fahrt noch ein gut Teil gefährlicher. Dieselben Kontrollen wie bei der Hinfahrt. Dazu in allen größeren Orten aufgeregte Menschenmassen, die vielfach mit Spott nicht zurückhielten; ihre drohenden Mienen verkündeten nichts Gutes. Anscheinend vermutete man in uns einen Reaktionär. Wiederholt wurde johlend hinter dem Auto hergelaufen und geworfen. In Aschersleben auf dem Markt war eine vieltausendköpfige Menge versammelt, durch welche das Auto langsam fahren mußte. In Güsten hatte man inzwischen die bewaffneten Arbeiter vertrieben, Reichswehrtruppen tauchten auf, die uns ohne Kontrolle durchfahren ließen. Nach kurzer Rast in Bernburg langten wir um 11 Uhr wieder in Halle an. Die Anstrengung war vergebens gewesen. Es mußte nach weiteren Fortkommensmöglichkeiten gesucht werden. Die Reise mit dem Kraftwagen kam bei der großen Gefährlichkeit nicht mehr in Frage. Es blieb nichts weiter übrig, als zu versuchen, mit der Eisenbahn fortzukommen. Das war nicht so ganz leicht. Der Bahnverkehr des Personenbahnhofes unter militärischer Kontrolle, die Einstellung des Personenverkehrs zur Tatsache geworden, eröffnete wenig günstige Aussichten für ein Fortkommen. Da mußten die Freunde der Eisenbahn helfen. Am Dienstag, 2.15 Uhr, sollte ein Eilgüterzug mit Lebensmitteln nach Bebra fahren. Dieser bot wenigstens Gelegenheit bis Bebra, dann würde man sicher weiterkommen. Von dieser Fahrtgelegenheit benachrichtigte ich meinen Kollegen Thiele, der sich anschloß. Nach-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200331046/fragment/page=0001

geltig fuhr der Zug ab. Drei Reisende, die seit drei Tagen unterwegs waren, wurde die Erlaubnis zur Mitfahrt erteilt. Mit einigem Bangen durchfuhren wir den stark besetzten Personenbahnhof sowie die Station Weißenfels, wo auf dem Bahnsteig mehrere Maschinengewehre und etwa 100 Sicherheitsmannschaften bereitstanden. In Naumburg erklärte der Stationsbeamte, daß er ein Telegramm erhalten habe, wonach sämtliche Reisende aus dem Güterzug zu entfernen seien. Auf uns Abgeordnete brachte er es indessen nicht zur Anwendung. Wir fuhren weiter und langten um 8 Uhr in Erfurt an. Der Bahnhof war ausgestorben. Ich begab mich zur örtlichen Streikleitung. Einige der Herren kannten mich persönlich und begrüßten mich herzlich. Es dauerte nicht lange, so waren auf die Kunde von meiner Ankunft eine größere Zahl von Beamtenführern um mich im Wartesaal vereinigt, die mir bis zur Abfahrt eines gestellten Sonderzuges Gesellschaft leisteten. Bevor der Sonderzug abgelassen wurde, sollte ein Schnellzug mit Abgeordneten aus Leipzig erwartet werden. Dieser Zug lief auch pünktlich ein, in ihm befanden sich auch eine Anzahl Abgeordnete, die aber aus Furcht, den Kapp-Männern in die Hände zu fallen, sich nicht meldeten und so unfreiwillig, halb freiwillig mit den übrigen Reisenden bis zum Donnerstag in Erfurt liegen bleiben mußten. Inzwischen fuhren wir über Gebra nach Frankfurt und erreichten hier den Anschluß an den Schnellzug nach Stuttgart, wo wir Mittwoch früh 11.45 Uhr eintrafen. In dieser herrlichen Stadt des freien Schwabenlandes sollte in schwerer Stunde die Nationalversammlung tagen. Der Empfang war ein überaus herzlicher. Primaner schleppten bereitwilligst unser Gepäck nach den zur Verfügung gestellten Bürgerwohnungen. Das waren kerndeutsche Jünglinge, in denen nicht so viel Schneid wie in manchem unserer höheren Schüler steckte, dafür aber um so mehr persönliche Bescheidenheit und ein gut Teil demokratischer Gesinnung, die man aus den Gesprächen mit ihnen feststellen konnte. In der durch und durch demokratischen Familie eines Oberstleutnants fand ich herzliche Aufnahme. Die mancherlei Unbill der letzten Tage suchten diese lieben Leute durch ihre rührende Gastfreundschaft vergessen zu machen. Freilich blieb wenig Zeit. Ständige Sitzungen von früh bis spät ließen uns nicht zur Ruhe kommen. Unsere Parteifreunde in Stuttgart suchten uns den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen. Wir haben ihnen durch Abhaltung von Volksversammlungen gedankt.

Die Tagung der Nationalversammlung gab Stuttgart das Gepräge, musterhaft war die Haltung der Bevölkerung. Schon einmal tagte in Stuttgart im Jahre 1848 eine deutsche Nationalversammlung, nach ihrer Vertreibung aus Frankfurt als sogenanntes Rumpfparlament, das dann durch die Regierung auseinandergetrieben wurde. Diesmal konnte die Nationalversammlung unter dem sicheren Schutze der württembergischen Regierung ihre Beratungen abhalten. Fieberhaft haben in den Tagen vom Dienstag bis Sonnabend die Regierung und die Fraktionen gearbeitet. Der Erfolg lag dank der Haltung der großen Mehrheit unseres Volkes auf ihrer Seite. Kapp gestürzt, aber dafür ein starkes Aufflackern der Bewegung der Unabhängigen und Kommunisten. Die Lage im Reiche machte die Rückkehr der Regierung und des Parlaments nach Berlin nötig. Die Rückreise wurde am Sonnabendabend 8 Uhr in zwei Sonderzügen über Frankfurt—Gebra—Kreiensen—Hannover—Stendal angetreten. Am anderen Tage 12 Uhr war man in Berlin. Hier Totenstille, alle Lokale geschlossen, ohne Zeitungen! Wie ganz anders in Stuttgart, wo von der ganzen Putschgeschichte nichts zu merken war. Sofort nach unserer Ankunft fanden wieder stundenlange Beratungen statt, denn an die Stelle der Kapp-Gefahr war die bolschewistische Gefahr getreten. Noch ist in dem Augenblick, wo diese Zeilen geschrieben werden, die Gefahr nicht vorüber. Möge unser Volk auch sie überwinden und dann aber aus diesem Treiben der letzten Wochen endlich den ernsten Willen nehmen, keinerlei Störungen seiner friedlichen Arbeit und des Wiederaufbaues zuzulassen. Nur auf demokratischer Grundlage, das haben die letzten Ereignisse gezeigt, kann Deutschland politisch und wirtschaftlich bestehen.

Ein deutsch-französisches Abkommen.

WTB. Berlin, 30. März. Das der Nationalversammlung unterbreitete deutsch-französische Abkommen über den Kehler Hafen bestimmt die Befugnisse des Direktors des Straßburg-Kehler Hafenbetriebs, der unter Aufsicht der Rheinschiffahrts-Zentralkommission steht. Er übt die Schiffahrts- und Hafenpolizei aus und entscheidet über die Einführung von Hafenabgaben. Zwecks Ansiedelung französischer Unternehmer nimmt die Betriebsleitung der Häfen von Straßburg und Kehl eine Reihe industrieller Niederlassungen am Hafen gegen angemessene jährliche Entschädigung für die Tilgung des Anlagekapitals und den entgangenen Gewinn zeitweilig in Besitz. Die französische Regierung gewährleistet die pfleigliche Unterhaltung dieser Anlagen und der Baulichkeiten. Die Kosten der Hafenverwaltung werden zwischen der deutschen und der französischen Regierung nach bestimmten Gesichtspunkten geteilt. Im Hafen Kehl ist eine französische Zollniederlage unter amtlichem Zollverschluß eingerichtet. Die beiden Zollverwaltungen erkennen ihre Zollverschlüsse gegenseitig an. Streitige Fälle kommen auf Antrag eines der beiden Teile vor ein gemischtes Schiedsgericht. Das Abkommen tritt nach der Ratifikation in Kraft.

Ein interessanter Depeschenwechsel.

Der Reichsminister des Innern, Koch, hatte in den Putschtagen an alle Oberpräsidenten, also auch an den Oberpräsidenten in Breslau, eine Depesche mit dem Ersuchen um Darstellung der politischen Lage gesandt und darauf unter der Aufschrift: „An den ehemaligen Reichsminister Koch, Stuttgart" folgende Depesche aus Breslau erhalten:

„Breslau und Schlesien sind restlos in der Hand der Regierung Kapp. Anfragen, wie die vom 16. März sind daher zwecklos. Der Oberpräsident."

Der Reichsminister des Innern antwortete drahtlich: „Hochverratsverfahren bei Oberreichsanwalt beantragt."

Jetzt ging bei dem Reichsminister des Innern ein weiteres Telegramm aus Breslau ein:

„Reichsminister Koch,

Berlin.

Eröffnung eines Verfahrens gegen mich verstößt gegen meine Immunität als Abgeordneter der preußischen Landesversammlung; ersuche um Aufhebung. v. Kessel."

Es handelt sich demnach um den deutschnationalen Landtagsabgeordneten, Rittergutsbesitzer von Kessel, Oberglauche. Daraufhin erging „an den ehemaligen Oberpräsidenten v. Kessel in Breslau" folgendes Telegramm: „Habe den Oberreichsanwalt ersucht, die Genehmigung zur Strafverfolgung gegen Sie einzuholen."

Ausdehnung der Versicherungspflicht.

Berlin, 30. März. (Drahtnachricht.) In der öffentlichen Sitzung des Reichsrates vom Dienstag wurde u. a. der Entwurf einer Verordnung über die Heraufsetzung des Grundlohns und Ausdehnung der Versicherungspflicht angenommen. Der Grundlohn soll sich künftig in den Grenzen von 15 bis 20 Mark bewegen und die Versicherungspflicht auf Einkommen bis zu 12 000 Mark erweitert werden. Angenommen wurde ferner eine Verordnung über den Verkehr mit Zucker, wonach der Preis für den Zentner Zucker der für Januar auf 101,60 Mk. festgesetzt wurde, von April ab auf 135 Mk. erhöht wird, sowie ein Gesetzentwurf über die Erhöhung der Schaumweinsteuer.

Die Wahl des Reichspräsidenten.

WTB. Berlin, 30. März. Nach dem heute zur Beratung kommenden Gesetzentwurf ist die Wahl des Reichspräsidenten unmittelbar und geheim. Wahlberechtigt ist jeder Reichstagswähler innerhalb des Reichsgebiets. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte aller gültigen Stimmen erhalten oder mangels einer solchen Mehrheit derjenige, der im zweiten Wahlgange die meisten gültigen Stimmen erhalten hat. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Reichswahlleiter durch das Los.

Frankfurter Drohung mit dem Generalstreik.

WTB. Frankfurt a. M., 30. März. Eine gestern tagende Versammlung der Frankfurter Betriebsobleute beschloß, sofort in den Generalstreik einzutreten, falls Reichswehrtruppen das rheinisch-westfälische Industriegebiet betreten sollten.

Zusammentritt des Landwirtschaftsrates.

WTB. Berlin, 31. März. Der deutsche Landwirtschaftsrat ist von seinem Präsidenten Dr. Freiherrn von Schorlemer-Lieser, zu seiner 48. Plenarversammlung auf den 20. und 21. April nach Berlin einberufen.

Reaktionärer Schwindel.

Es ist wirklich keine Uebertreibung: Seitdem es einen Gutenberg gab, ist noch nie so viel gelogen worden, wie in diesen Tagen in Halle von den beiden hiesigen Kapp-Organen. Noch nie ist so plump gelogen worden! Niemals zuvor zeigte es sich, daß in der Presse mit der Lüge so viel gemeiner Sinn verbunden war, wie in diesen Tagen. „Hall. Ztg." und „Allg. Ztg." werden in ihren gestrigen Ausgaben für immer traurige Dokumente einer maßlos verkommenen Gesinnung bilden. Es ist schlechterdings unmöglich, auch nur einen Teil dieser schmutzigen Niedrigkeiten richtig zu stellen. Es wurde einfach das Blaue vom Himmel herunter gelogen! Die Verfasser jener schändlichen Artikel setzten sich an den Tisch, steckten den Finger in den Mund und sogen daran: Schon war eine Schwindelnachricht fertig! Wie plumperbärmlich, gewissenlos und mit frecher Stirn z. B. die „Hall. Ztg." darauf los schwindelte, dafür nur ein Beispiel, das durch den nachstehenden Brief, der an die „Hall. Ztg." gerichtet wurde, beleuchtet wird:

„In Ihrer Nr. 127 vom Dienstag, den 30. März nachmittags, sagen Sie in der ersten Beilage u. a.: „Ebenso druckte das demokratische Parteiorgan, die „Saale-Zeitung", gegen ein Polizeiverbot von ihrem politischen Leiter Carl Helms verfaßte Flugzettel, durch welche die Unruhe in der Bevölkerung noch vermehrt wurde."

Ich darf hierzu erklären, daß jedes Wort dieses Satzes eine Unwahrheit darstellt. Ich habe nie ein Flugblatt oder einen Flugzettel in den letzten Wochen verfaßt. Ebensowenig ist mir bekannt geworden, daß derartige Flugzettel in der Druckerei im Gebäude der „Saale-Zeitung" überhaupt hergestellt worden sind.

Hochachtungsvoll!

gez. Carl Helms."

Nach dieser Kostprobe braucht wohl kaum gesagt werden, wie sich in den Köpfen dieser Leute die Ereignisse der letzten Wochen malen. Gegenüber einer solchen erbärmlichen Geschichtsklitterung ist es angebracht, schon jetzt darauf hinzuweisen, daß in den nächsten Tagen eine Broschüre erscheinen wird, in der der Zivilkommissar Dr. Schreiber an der Hand zuverlässigen Materials eine Darlegung der wirklichen Geschehnisse geben wird.

Deutsches Reich.

Aufgehobene Befugnisse der Militäroberbefehlshaber.

Berlin, 30. März. Einer amtlichen Bekanntmachung zufolge werden die den Militäroberbefehlshabern erteilten Befugnisse zur Erlassung von Ausnahmebestimmungen und Einsetzung von Standgerichten zurückgezogen. Standgerichte bleiben nur in den Regierungsbezirken Düsseldorf und Münster, sowie im wesentlichen Teile Thüringens bestehen.

Die Notlage der Schiffer.

Eine für unsere Schiffer wichtige Angelegenheit hatte der Abgeordnete Delius der Reichsregierung zur Sprache gebracht. Er hatte auf die Notlage der in Polen zurückgehaltenen Schiffer hingewiesen und Abhilfe verlangt. Darauf hat der Reichswirtschaftsminister unterm 10. März folgende Antwort erteilt:

„Die Notlage der im Osten zurückgehaltenen Privatschiffer aus den westdeutschen Wasserstraßen ist mir bekannt. Seit langem sind von den beteiligten Reichsstellen durch Vermittelung des Auswärtigen Amtes Verhandlungen mit der Polnischen Regierung über die Freigabe der in Betracht kommenden etwa 200 Kähne geführt worden. Im Wirtschaftsabkommen vom Oktober 1919 hatten auch die Polen die bindende Verpflichtung übernommen, die Schiffe frei zu lassen, haben sich jedoch dieser Verpflichtung bisher entzogen. Zurzeit schweben wegen Freigabe erneute

Todesfälle unter den Gelehrten.

Im Alter von 76 Jahren starb der emerit. o. Professor für Zivilprozeßrecht, deutsches bürgerliches Recht und römisches Zivilrecht an der Münchener Universität Geheimer Rat Dr. Lothar v. Seuffert. Der bekannte Rechtslehrer, ein geborener Würzburger, war zunächst im bayer. Justizdienst tätig, wurde 1876 ord. Professor in Gießen, bostierte später in Greifswald, Erlangen, Würzburg und von 1895—1916 in München als Nachfolger von Planck.

Der seit 1895 als Lektor der wissenschaftlichen Photographie an der Breslauer Universität tätige prakt. Arzt Geh. Sanitätsrat Dr. med. Berthold Riesenfeld ist im 76. Lebensjahre gestorben.

In Kassel verschied als Opfer seines Berufes der Stabsarzt a. D. Dr. med. Alfred Wolff, Assistenzarzt am dortigen Landkrankenhause, im 38. Lebensjahre.

Im Alter von 61 Jahren verschied der Chefarzt des Kreiskrankenhauses zu Wernigerode Sanitätsrat Dr. Georg Holfelder.

In Kiel starb der langjährige Vertreter der Mathematik an der dortigen Universität Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Leo Rochhammer, ein geborener Stendaler, im 79. Lebensjahre.

Der langjährige Vertreter der Anatomie an der Gießener Universität Geh. Med.-Rat Prof. Dr. Hans Strahl ist im 58. Lebensjahre gestorben. Dr. Strahl, der sich besonders auf dem Gebiete der vergleichenden Anatomie und Entwicklungsgeschichte sachlitterarisch betätigte, war Assistent Kiebenkühns und Hassers in Marburg, wo er sich auch 1882 habilitierte. Ebendo wurde er später Prosektor und a. o. Professor. 1895 kam er nach Gießen als Nachfolger Robert Bonnets, 1918—19 bekleidete er das Rektoramt.

Im Alter von 55 Jahren verschied der ärztliche Direktor der chirurgischen Abteilung des Berliner städt. Krankenhauses am Friedrichshain, Geh. Sanitätsrat Prof. Dr. Alfred Neumann, ein geborener Schlesier, geb. zu Steinau, Schüler von Waldeyer und Ehrlich. Seine Arbeiten betreffen vornehmlich verschiedene Gebiete der Chirurgie der Bauchorgane.

Einer verirrten Kugel zum Opfer gefallen ist Hofrat Dr. phil. Hans Recleben, Oberassistent am Laboratorium für angewandte Chemie und Pharmazie der Universität Leipzig. Dr. Recleben, geb. 1864 zu Langendingen, veröffentlichte eine Reihe von Arbeiten aus der organischen, anorganischen und analytischen Chemie, ferner über chemische Apparate.

In Göttingen starb der Vertreter der indischen Philologie an der dortigen Universität Geh.-Rat Prof. Dr. phil. et theol. Hermann Oldenburg im 66. Lebensjahre. Prof. Oldenburg, ein geborener Hamburger, lehrte seit 1908 als Nachfolger Franz Kielhorns in Göttingen, nachdem er früher in Berlin und 1899 bis 1908 in Kiel als Nachfolger H. G. Jacobis gewirkt hatte.

Zum Tode von Professor N. Zuntz.

Zum Tode von Professor N. Zuntz.

Mit Geheimrat Professor Dr. N. Zuntz, der soeben im 73. Lebensjahr in Berlin verstorben ist, hat die physiologische Wissenschaft einen ihrer Altmeister verloren, der durch seine fruchtbare Lebensarbeit die Erkenntnis der Prinzipien aller biologischen Vorgänge und besonders das Wissen von der Ernährung der Menschen und der Tiere in bedeutungsvoller Weise gefördert und ausgebaut hat. Und diese Lebensarbeit erhielt ihr besonderes charakteristisches Gepräge durch das von Anfang an verfolgte Bestreben des Gelehrten, die theoretischen Ergebnisse seiner Laboratoriumsforschungen dem praktischen Leben und damit der Allgemeinheit nutzbringend zu machen, eine Tätigkeit, aus der in erster Reihe die Landwirtschaft praktischen Vorteil zog. Erst vor wenigen Wochen wurde der Name des Verstorbenen wieder viel in der Oeffentlichkeit genannt im Zusammenhang mit dem von ihm entdeckten Verfahren, durch Zusatz von Hornsubstanz zur Nahrung sowohl die Wollproduktion der Schafe als auch das Wachstum der Menschenhaare zu steigern, ein Verfahren, mit dem Zuntz kurz vor seinem Tode noch selbst in seiner vorbildlich leicht faßlichen Form die Oeffentlichkeit bekannt gemacht hat.

Nathan Zuntz wurde am 6. Oktober 1847 in Bonn am Rhein geboren und habilitierte sich nach vollendetem medizinischem Studium im Jahre 1871 für das Fach der Physiologie an der dortigen Universität. Im Jahre 1874 wurde er zum außerordentlichen Professor und zum Prosektor der Anatomie ernannt, während er gleichzeitig die ärztliche Praxis ausübte. Nachdem er einige Jahre an der landwirtschaftlichen Akademie Bonn-Poppelsdorf einen Lehrstuhl für Tierphysiologie innegehabt hatte, den ihn in rege Verbindung mit der Landwirtschaft brachte, folgte Zuntz im Jahre 1880 einem Ruf als Professor an die neugegründete Berliner Landwirtschaftliche Hochschule, der er bis vor seinem Tode angehörte und wo er das ihm unterstellte physiologische Institut in kurzer Zeit zu einer der angesehensten und bedeutendsten Forschungsstätten der allgemeinen Medizin erhob. Zuntz wissenschaftliche Tätigkeit galt in erster Reihe der Lehre vom Stoffwechsel des Menschen und der landwirtschaftlichen Nutztiere. Erweitert wurde diese Forschungstätigkeit durch das Studium des Einflusses des Nervensystems und der klimatischen Faktoren auf den Stoffwechsel und die Lebensfunktionen. Hand in Hand damit gingen die Spezialarbeiten des Gelehrten über den Stoffwechsel des Pferdes und der Wiederkäuer, wobei sich mehrere von ihm konstruierte Apparate als wertvolle Hilfsmittel erwiesen. Weltbekannt sind ferner die von Zuntz geschaffenen Methoden der Gasanalyse und seines Respirationsapparats zur Messung des Stoffumsatzes in kurzen und längeren Zeitabschnitten und zum Studium der Einflüsse der Temperatur, der Feuchtigkeit, des Luftdrucks und der Beleuchtung. Forschungen, die auch für die Ernährungsvorschriften der Armee mitbestimmend waren. Seit Beginn des Krieges hatte Zuntz seine Arbeiten denjenigen Aufgaben angepaßt, die durch die veränderte wirtschaftliche Lage gegeben waren. Er war in dieser Richtung auf dem Gebiete der Ernährung und des Schutzes vor giftigen Gasen führend tätig. Seine Arbeiten über die Muskeltätigkeit und die Einwirkung klimatischer Faktoren auf den Organismus gaben ihm endlich auch Anlaß, sich mit der Bedeutung des Sports wie mit der Wirkung des Hochgebirges und heißer wie kalter Klimate auf den Organismus zu beschäftigen. Zu diesem Zweck unternahm er ausgedehnte Expeditionen ins Hochgebirge und nach Teneriffa und regte die Gründung von Sportlaboratorien an, deren erstes er auf der Dresdner internationalen Hygiene-Ausstellung im Jahre 1911 ins Leben rief.

Die Nachfolge Aberts.

Der a. o. Professor Dr. Arnold Schering in Leipzig hat einen Ruf auf den Lehrstuhl der Musikwissenschaft an der Universität Halle als Nachfolger Aberts erhalten.

Dr. Schering, der zugleich dem Lehrkörper des Leipziger Konservatoriums der Musik als Lehrer für Musikgeschichte, Akustik und Musikpädagogik angehört, ist aus Breslau gebürtig. Seine Lehrer waren Joseph Joachim im Violinspiel und Hermann Kretschmar in der Musikwissenschaft. 1902 erwarb Schering in Leipzig den Doktorgrad mit einer Studie „Geschichte des Instrumentalkonzerts des Antonio Lucadi". 1903—1906 redigierte er die „Neue Zeitschrift für Musik" erhielt 1907 an der Leipziger Universität die venia legendi für Musikgeschichte und Musikästhetik und 1915 die Ernennung zum a. o. Professor. Prof. Schering ist Mitbegründer und Herausgeber des seit 1904 erscheinenden Bach-Jahrbuches (im Auftrage der Neuen Bachgesellschaft). Besonders bekannt wurde Schering durch die Herausgabe älterer Musikwerke.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200331046/fragment/page=0002